

SELBSTBESTIMMUNG UND SOUVERÄNITÄT FÜR NICARAGUA

30. September 2026

Das Exil von Hunderttausenden Nicaraguanern, die Verfolgung Andersdenkender und die Festigung einer autoritären Familienherrschaft entsprechen nicht den Prinzipien einer demokratischen Linken. Die Souveränität Nicaraguas heute zu verteidigen bedeutet, das Recht seines Volkes zu verteidigen, sich frei zu äußern, zu organisieren und über seine Zukunft zu entscheiden.

Nicaragua besiegte 1979 die dynastische Diktatur der Somoza, eine der langwierigsten und grausamsten in Lateinamerika. Der Volksaufstand unter der Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) vereinte ein breites Bündnis politischer und sozialer Kräfte um ein gemeinsames Ziel: den Aufbau eines Landes, das auf Demokratie, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und nationaler Souveränität gründet. Die sandinistische Revolution wurde daraufhin zu einem Vorbild für all jene, die das Recht der Völker verteidigten, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, und die der Ansicht waren, dass soziale Gerechtigkeit untrennbar mit Freiheit verbunden sei.

Die 1980er Jahre waren geprägt von einem Krieg, der Zehntausende Opfer forderte und die politische Polarisierung im Kontext des Kalten Krieges verschärfte. Im Jahr 1990, inmitten eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs, verlor die FSLN die Wahlen. Die Regierung erkannte das Ergebnis an und übergab die Macht. Nicaragua trat damit in eine neue politische Phase ein, die – wenn auch mit enormen Einschränkungen – Raum für Pluralismus, Wahlwettbewerb und Machtwechsel schuf.

Doch die weitere Geschichte der FSLN entfernte sich zunehmend von den Prinzipien, die die sandinistische Revolution inspiriert hatten. Durch Absprachen zwischen korrupten politischen Eliten, Wahlreformen und eine fortschreitende Unterordnung der staatlichen Institutionen unter die Kontrolle der Partei wurden die demokratischen Kontrollmechanismen zunehmend geschwächt. Daniel Ortega kehrte 2007 ins Präsidentenamt zurück, und schon bald verloren die Wahl-, Justiz- und politischen Institutionen ihre Unabhängigkeit, während die Voraussetzungen für einen freien und pluralistischen politischen Wettbewerb immer weiter eingeschränkt wurden.

Im April 2018 entwickelten sich die Proteste, die ursprünglich durch eine Reform des Sozialversicherungssystems ausgelöst worden waren, rasch zu einer landesweiten Mobilisierung. Studierende, Bauern, Arbeiter, Menschenrechtsverteidiger, soziale Bewegungen und Bürger unterschiedlicher politischer Ausrichtung gingen auf die Straße. Die Reaktion der Regierung forderte 355 Todesopfer, Tausende Verletzte und leitete einen neuen Zyklus politischer Verfolgung, Inhaftierung und Exil ein.

Seitdem hat die Repression den Alltag in Nicaragua tiefgreifend verändert. Mehr als fünftausend zivilgesellschaftliche Organisationen wurden verboten; Universitäten und Medien wurden geschlossen oder beschlagnahmt; feministische, bäuerliche und soziale Bewegungen wurden verfolgt; indigene und afro-nicaraguanische Gemeinschaften sind weiterhin schweren Rechtsverletzungen ausgesetzt; und politische Parteien wurden aufgelöst.

Die Verfolgung betrifft die gesamte Bevölkerung: Studierende, Journalisten, Künstler, Priester und religiöse Führer, Menschenrechtsverteidiger, Unternehmer, politische und gesellschaftliche Führungskräfte sowie Bürger ohne politische Zugehörigkeit. Mehr als 450 Nicaraguaner wurden

willkürlich ihrer Staatsangehörigkeit und ihrer Bürgerrechte beraubt, während Tausende weitere innerhalb und außerhalb des Landes de facto Einschränkungen ausgesetzt sind.

Der Polizeistaat äußert sich auch in alltäglichen Maßnahmen wie Einschränkungen bei Versammlungen und Demonstrationen im öffentlichen Raum, der Überwachung religiöser und gemeinschaftlicher Aktivitäten, der Schließung von Medien, der Angst vor der Äußerung politischer Meinungen und der Unmöglichkeit für rund eine Million Menschen im Exil, in ihr Land zurückzukehren und ihre Familien wiederzusehen.

Die Verfolgung hat zudem die Landesgrenzen überschritten. Nicaraguaner im Exil wurden ermordet, während viele andere Fälle von Überwachung, Drohungen und anderen Formen transnationaler Gewalt angeprangert haben.

Die jüngsten Verfassungsreformen haben die Machtkonzentration noch verstärkt. Daniel Ortega und Rosario Murillo haben ein Ko-Präsidium mit weitreichenden Befugnissen über den Staat institutionalisiert, während ihre Kinder und andere Familienmitglieder zunehmend einflussreiche Machtpositionen einnehmen. Die am 1. September verabschiedete Verfassungsreform verbietet die politische Teilhabe von Teilen der Opposition und beendet formell den Wahlwettbewerb.

Angesichts dieser Realität ist es notwendig, den vollen Sinn der Souveränität wiederherzustellen. Souveränität darf nicht auf die Souveränität des Staates gegenüber dem Ausland reduziert werden. Sie beinhaltet auch die Souveränität der Bürger gegenüber der Macht. Ein Staat ist nicht vollständig souverän, wenn sein Volk sich nicht frei äußern, organisieren, wählen, widersprechen und am Aufbau seiner Zukunft mitwirken kann.

Die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie in Nicaragua bedeutet nicht, militärische, wirtschaftliche oder politische Einmischungen ausländischer Mächte zuzulassen. Das Recht auf Selbstbestimmung liegt beim nicaraguanischen Volk. Demokratie, Souveränität und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Die Wiedererlangung der Selbstbestimmung bedeutet, sowohl die bürgerlichen Freiheiten als auch freie Wahlen und die Fähigkeit der nicaraguanischen Gesellschaft zurückzugewinnen, sich zu organisieren, sich zu äußern, zu widersprechen, sich zu beteiligen und gemeinsam ihre Zukunft zu gestalten.

Die demokratischen, fortschrittlichen und linken Kräfte Lateinamerikas und der ganzen Welt tragen angesichts dieser Realität eine besondere Verantwortung. Die Fahnen Sandinos und der sandinistischen Revolution dürfen nicht dazu benutzt werden, das zu rechtfertigen, wogegen Generationen von Nicaraguanern gekämpft haben: die Machtkonzentration in einer Familie, die Unterordnung der Institutionen und die politische Verfolgung.

Solidarität mit einer Revolution darf niemals zu bedingungsloser Loyalität gegenüber denen werden, die einst daran beteiligt waren. Die Solidarität muss den Prinzipien und vor allem den Völkern gelten.

Deshalb rufen wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, politische Parteien und Führungskräfte, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Intellektuelle und Regierungen dazu auf, das diktatorische und dynastische Regime von Ortega und Murillo abzulehnen; die Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Personen, die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten und der Bürgerrechte sowie die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu fordern, damit sich die Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner organisieren, frei äußern und frei über ihre Zukunft entscheiden können.

Wir fordern nicht, dass jemand für Nicaragua entscheidet. Wir fordern genau das Gegenteil: dass das nicaraguanische Volk selbst über seine Zukunft entscheidet.

Keine ausländische Macht.

Weder eine Familie.

Noch ein Autokrat.

Nicaragua soll wieder von unten entscheiden können, aus seinen Gemeinden heraus und auch durch demokratische Institutionen, die dem Willen des Volkes entsprechen; ausgehend von seinen Unterschieden, aus den Stimmen derer, die im Land geblieben sind, und derer, die es verlassen mussten.

Denn ein Land gehört nicht denen, die seine Institutionen besetzen. Es gehört dem Volk, das das Recht hat, es sich vorzustellen, darüber zu diskutieren und darüber zu entscheiden.

Dieses Recht zurückzugewinnen bedeutet, die Souveränität zurückzugewinnen. Dieses Recht zurückzugewinnen bedeutet, die Selbstbestimmung des nicaraguanischen Volkes zurückzugewinnen.

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)

UNTERZEICHNER*INNEN

Gabriel Boric Font — Chile — Ehemaliger Präsident der Republik

Mario Bergara — Uruguay — Bürgermeister von Montevideo, Frente Amplio

Ariel Robles Barrantes — Costa Rica — Ehemaliger Abgeordneter der Republik und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, Frente Amplio

Laura Marroquín — Guatemala — Abgeordnete und Sekretärin für auswärtige Angelegenheiten, Partido Raíces

Jonathan Acuña Soto — Costa Rica — Generalsekretär und ehemaliger Abgeordneter, Frente Amplio

Ronald Ochaeta Aguilar — Guatemala — Abgeordneter, Partido Raíces

Antonio Trejos Mazariegos — Costa Rica — Abgeordneter, Frente Amplio

Ana Patricia Orantes — Guatemala — Abgeordnete, Partido Raíces

Claudia Dobles Carmago — Costa Rica — Abgeordnete, Koalition „Agenda Ciudadana“

Antonia Urrejola — Chile — ehemalige Berichterstatterin der IAKMR für Nicaragua (2018–2022)

Lucía Ixchiu — Guatemala — Journalistin und Geschichtenerzählerin

Giorgio Jackson – Chile

Breno Bringel – Brasilien – Präsident der Lateinamerikanischen Vereinigung für Soziologie (ALAS)

Paulo Abrão – Brasilien – ehemaliger Exekutivsekretär der IACHR

Maristella Svampa – Argentinien – Ökosozialer und interkultureller Pakt des Südens

Raúl Zibechi – Uruguay – Journalist

Marisela Aragón Munguía – Mexiko – Menschenrechtsaktivistin

Myrna Eligia Torres Rivas – Guatemala

Juan Carlos Aparicio Razo – Mexiko

Arturo Taracena – Mexiko – Nationale Autonome Universität von Mexiko

Lizeth Mejorada – Mexiko – Menschenrechtsaktivistin

Ana Elena Obando – Costa Rica – Menschenrechtsaktivistin

Luis Javier Licea Serralde – Mexiko – Menschenrechtsaktivist

Bertha María De León – El Salvador – Menschenrechtsaktivistin

Sandra Jaramillo – Kolumbien – Zentrum für Dokumentation und Forschung zur Kultur der Linken

Agustín Santos Maraver – Spanien – Sumar

Diana Candanedo – Panama – Menschenrechtsaktivistin

Cecilia Zeledón – Mexiko – Menschenrechtsaktivistin/Universität der Erde in Puebla

Patricia Aguilar – Mexiko – Menschenrechtsaktivistin

Alberto Acosta – Ecuador – Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung 2007–2008

Ana Parrilla – Mexiko – Menschenrechtsaktivistin

Susana Ochoa Chavira – Mexiko

Fabio Lozano – Kolumbien – Menschenrechtsaktivist

Gabriela Sarmet – Brasilien – Cosmopolíticas

Sebastián Calderón – Kolumbien – Menschenrechtsaktivist

Nicolás Díaz Cruz – Kolumbien – Instituto de Política Abierta

Ricardo Pozas Horcasitas – Mexiko

Jorge Alonso Sánchez – Mexiko – Lehrstuhl Jorge Alonso

David Gaitán – Guatemala – Menschenrechtsaktivist

Gabriel Wer – Guatemala/Mexiko – Casa Centroamérica

Juan Pablo Sáenz Mena – Ecuador – Menschenrechtsaktivist

Matías Bianchi – Argentinien – Asuntos del Sur

Gerardo Dueñas – Mexiko

Agustín Frizzera – Argentinien – Vorsitzender von Democracia en Red

Francesc Badia Dalmases – Spanien – Menschenrechtsverteidiger

Noelia Maciel – Uruguay – Nationale Koordinatorin der Afro-Uruguayer

Juan Luis Uría Serrano – Spanien – Menschenrechtsverteidiger

Marcia Santacruz – Kolumbien – Menschenrechtsverteidigerin

Mario Villalobos – Mexiko – Menschenrechtsverteidiger

Ixel Guorón – Guatemala – Nationale Bewegung der Weberinnen

Rafael Sevilla Zapata – Mexiko – Volksjournalist

Rolan Soto – Honduras – Unabhängiger Forscher

Eréndira Cornejo López – Mexiko – Mexikanisches Komitee zur Unterstützung von Demokratie und Gerechtigkeit in Nicaragua

Luis F. Fernández – Mexiko – „Práctica“: Labor für Demokratie

Rosa Marta Fernández – Mexiko – Kollektiv „Cine Mujer“

Jordán Rodas Andrade – Guatemala – Ehemaliger Menschenrechtsbeauftragter

María H. González – Mexiko – Bürgerin für die Rechte der Völker
Atilio – El Salvador – Künstler
Alma Espino – Uruguay – Interdisziplinäres Zentrum für Entwicklungsstudien – CIEDUR
Carolina Hidalgo Herrera – Costa Rica – Ehemalige Präsidentin der Legislative
Karina Jannello – Argentinien – Zentrum für Dokumentation und Forschung zur Kultur der Linken /
Nationale Universität von San Martín
Roberto López Sánchez – Venezuela – Allianz für Souveränität und Demokratie
Pablo Díez García – Spanien
Alex Borges Barcellos – Brasilien – Agência Solano Trindade
Vania García – Mexiko – Unabhängige Künstlerin
Javier Gómez Aguilar – Bolivien – Wirtschaftswissenschaftler
Koldo Unceta – Spanien – Emeritierter Professor der Universität des Baskenlandes
Raúl Pérez Ríos – Mexiko – Lateinamerikanisches und karibisches Verbindungskomitee (CELC)
Ramón Patiño Espino – Mexiko – Benemérita Universidad Autónoma de Puebla
Diego Ceto – Guatemala – Autoridad Ancestral del Pueblo Maya Ixil
Eduardo Matías López Ferrer – Mexiko – Asociación Cívica cubano mexicana A. C.
Javier Nart – Spanien
Ramón González – Paraguay – Aktivist und Menschenrechtsverteidiger
Bernardo Gutiérrez – Brasilien – Journalist
Juan Gabriel de la Roche Martínez – Ecuador – Menschenrechtsaktivist
Jesús Noel Hermoso F. – Venezuela – Journalist
José Ramón Reyes – Mexiko – Aktivist
Rolando Drago – Chile – Sekretär der Nationalen und Internationalen Kommission der Partei für
Demokratie in Chile
Joan Recasens Calvo – Spanien – Rechtsanwalt
Luis Cardoso – Argentinien – Netzwerk für politische Innovation in Lateinamerika
Alexandro Álvarez – Chile – Rechtsanwalt
Luis Vázquez – Spanien – Fotojournalist und Menschenrechtsverteidiger
Sonia Sánchez – Mexiko – Rechtsanwältin
José del Tronco Paganelli – Argentinien – Wissenschaftler
Gabriela García Camacho – Mexiko
Caru Schwingel – Brasilien – Journalistin und Aktivistin
Manuel de la Iglesia Caruncho – Spanien
Néstor Lavergne – Argentinien – Universität von Buenos Aires (UBA)
Miguel Sánchez Olvera – Mexiko
Rodrigo Echeopar – Chile
Abraham Carrillo – Venezuela
Laura Guido Pérez – Costa Rica – ehemalige Abgeordnete
Roberto Garnieri – Mexiko
Gabriel Puricelli Yáñez – Argentinien – Grupo Paternal
Ignacio L. Moheno – Mexiko
Vladimir de la Cruz – Costa Rica – Historiker
Mario Rodríguez Sánchez – Mexiko
José Reyes Olguín Rangel – Mexiko – Stellvertretender nationaler Koordinator der nationalen
politischen Vereinigung „Vamos Juntos“
José Parra – Venezuela

Renata Soto-Elízaga – Mexiko – Nationale Autonome Universität von Mexiko
Leonardo Morales – Mexiko
María Soledad Lastra – Mexiko – Nationale Autonome Universität von Mexiko
Maribel Vázquez – Mexiko
Gerardo Rodríguez – Mexiko – Nationale Autonome Universität von Mexiko
María del Consuelo Chufani Zendejas – Mexiko
Mónica Naymich López Macedonio – Mexiko – Universidad Michoacana de San Nicolás de Hidalgo
Mariano Crespo Colina – Venezuela
Rosa Marisa Ruiz – Uruguay – Universidad de la República, UDELAR
Jorge Peña Domínguez – Venezuela
Jesús Puerta – Venezuela – Universidad de Carabobo
José Pablo Ángel – Spanien
Valeria Morales Núñez – Costa Rica – Universidad Autónoma Metropolitana
Mexikanisches Komitee für Freiheiten und Demokratie in Nicaragua (CMLDN)
Pablo Collada – Mexiko
Jaime García Chávez – Mexiko – Schriftsteller und Journalist, CMLDN
Patricia Villalobos Peñalosa – Mexiko – Autonome Universität von Tlaxcala
Flavio Lazos – Mexiko – Schriftsteller, CMLDN
Ana T. Gómez – Venezuela – UCV. Soziologin – Zentraluniversität von Venezuela
David Ramón – Mexiko – Schriftsteller, CMLDN
Juan Martínez de Velasco – Spanien – Soziologe und Stadtplaner
Ricardo Pascoe Pierce – Mexiko – Ehemaliger mexikanischer Botschafter in Kuba, CMLDN
Yuri Valecillo – Venezuela – Nationale Gewerkschaft der Pressearbeiter
Ernesto Betancourt – Mexiko – Architekt, CMLDN
Rafael Villalobos Peñalosa – Mexiko
Cristina Renaud – Mexiko – Kulturförderin (CMLDN)
Juan Crespo – Ecuador – Netzwerk für politische Innovation in Lateinamerika
Alfonso Valenzuela – Mexiko – Landwirt (CMLDN)
Renata Wimer – Mexiko – Pulso Humano
Ana Mari Gomis – Mexiko – Schriftstellerin (CMLDN)
Vilma Rocío Almendra Quiguanás – Kolumbien – „Pueblos en Camino“
Miguel Álvarez Gaxiola – Mexiko – Schriftsteller (CMLDN)
Federico Campbell Peña – Mexiko – Kulturförderer
Luz Emilia Aguilar Zinser – Mexiko – Theaterkritikerin (CMLDN)
Rocío Ruiz Lagier – Mexiko – Professorin und Forscherin an der UAM-Iztapalapa
Verónica Volkow – Mexiko – Dichterin (CMLDN)
Andrés Quezada – Guatemala – Universitätsdozent an der Universidad Rafael Landívar
Valentina Leduc – Mexiko – Filmemacherin (CMLDN)
Nicolás Loza Otero – Mexiko – Dozent und Forscher an der FLACSO Mexiko
Emiliano Martínez Rentería Escoto – Mexiko – Zeitschrift „Generación“ (CMLDN)
Wladimir Abreu Ibarra – Venezuela – Professor für Philosophie an der Universität von Carabobo
Roberto Zepeda – Mexiko – Akademiemitglied des CMLDN
Fernando Cereza Sierra – Spanien – Professor an der Universität von Alcalá (im Ruhestand)
Carlos Pérez Ricart – Mexiko – Akademiemitglied des CMLDN
Jaime Pastor – Spanien – Politikwissenschaftler, Redakteur bei „Viento Sur“
Sergio Ortiz Leroux – Mexiko – Akademiemitglied der CMLDN

Carlos Pronzato — Brasilien
Enrique Villarreal Ramos — Mexiko — Akademiemitglied der CMLDN
Horacio Ortiz — Mexiko — Journalist
José Antonio Crespo — Mexiko — Akademiemitglied der CMLDN
Juan Carlos Núñez — Mexiko — Journalist
Ismael Herrera Zamarrón — Mexiko — Schachspieler (CMLDN)
Sergio Mastretta — Mexiko — Journalist
Jesús Ortega Martínez — Mexiko — Ehemaliger Senator der Republik (CMLDN)
Luis Bonilla-Molina — Venezuela — Kritischer Pädagoge, sozialkritischer Erzähler und Schriftsteller
Ricardo Govea Autrey — Mexiko — Analyst (CMLDN)
Edgard Sánchez — Mexiko — Revolutionäre Arbeiterpartei
Edgar Cortés — Mexiko — Menschenrechtsaktivist (CMLDN)
Rafael Venegas — Venezuela — Politische Partei „Vanguardia Popular“
Carlos Arango — Mexiko — Nationale Einwandererfront (CMLDN)
Tatiana Roa — Kolumbien — Ökosozialer und interkultureller Pakt des Südens
Luis Sotelo — Mexiko — Maler, Tonatico Edomex (CMLDN)
Livi Gallegos — Mexiko — Ollin Quetz
Sergio Castro — Mexiko — Mitarbeiter von Porfirio Muñoz Ledo (CMLDN)
Luis Nieto Pereira — Spanien — Bewegung SUMAR
Carmen Lugo — Mexiko — Gründerin der Zeitschrift FEM CMLDN
José Luis Hernández Ayala — Mexiko — Sozialistische Bewegung der Volksmacht
Sara Lovera — Mexiko — Feministin — CMLDN
Antonio Pérez — Mexiko
Guadalupe Almaguer Pardo — Mexiko — Ehemalige Bundesabgeordnete CMLDN
Briseida Milián — Guatemala — Wissenschaftlerin und Regierungsberaterin
Lorena Beauregard de los Santos — Mexiko — Aktivistin CMLDN
Daniela Morales — Mexiko — Unabhängige Wissenschaftlerin
Demetrio Sodi — Mexiko — Ehemaliger Bundesabgeordneter CMLDN
Illimani Patiño Giraldo — Kolumbien — Forscher – Autonome Universität Madrid
Rafael Estrada Michel — Mexiko — CMLDN
Rodolfo Vázquez — Mexiko — Autonome Technische Hochschule von Mexiko – ITAM
Marcelo Fabián Monge — Mexiko — Kolumnist der CMLDN
Boris Berenzon Gorn — Mexiko — Nationales Institut für Anthropologie und Geschichte (INAH)
Jesús Zambrano Grijalva — Mexiko — Ehemaliger Bundesabgeordneter der CMLDN
Fernando Aranguren — Venezuela — Männer für Gerechtigkeit und Gleichheit
Lourdes Bosch Muñoz — Mexiko — Journalistin der CMLDN
Horacio Tarcus — Argentinien — Historiker, Zentrum für Dokumentation und Forschung zur Kultur der Linken
Federico Berrueto — Mexiko — Analyst (CMLDN)
José Pereira — Venezuela — Umwelt- und Umweltbewegung „Frente Ecoambiental Libertador“
Carlos Sotelo García — Mexiko — ehemaliger Senator der Republik (CMLDN)
Clara Murguialday — Spanien — Feministin
Graco Ramírez — Mexiko — Ehemaliger Gouverneur von Morelos, CMLDN
Esteban Calderón Larios — Mexiko — Mexikanischer Verband für soziale Demokratie A.C.
Luis Arias Pallares — Mexiko — Ehemaliger Abgeordneter des Bundesparlaments, CMLDN
Santiago Roncagliolo — Peru/Spanien — Schriftsteller

Omar Garfias — Mexiko — Journalist, CMLDN

Santiago Arias Rodríguez — Argentinien/Kolumbien — Politikwissenschaftler

Roberto Arceo Trujillo — Mexiko — Analyst (CMLDN)

Hansel Gael López Angulo — Mexiko — Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Guadalajara

Antonio Medina Trejo — Mexiko — Freier Journalist (CMLDN)

Ramiro Ávila Santamaría — Ecuador — Dozent an der UASB-Ecuador

José Luis Porras Armentia — Mexiko — Analyst (CMLDN)

Liliana Buitrago Arévalo — Venezuela — Dozentin und Forscherin

Renán Martínez Casas — Mexiko — Journalist (CMLDN)

Bruno Gallo — Venezuela — Abgeordneter

Irán Moreno Santos — Mexiko — Internationalist (CMLDN)